

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **28.09.2015** Für die Tagesordnungspunkte 1 - 3 im Hallenfreibad Burgdorf, Am Nassen Berg 24, statt.

Anschließend wird die Sitzung gegen 18.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses I, Marktstr. 55, fortgesetzt.

17.WP/SchKuSpo/024

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:11 Uhr

Beginn vertraulicher Teil: 20:12 Uhr

Ende vertraulicher Teil: 20:16 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Braun, Hartmut

stellv. Vorsitzender

Zschoch, Mirco

ab 18.06 Uhr; während TOP 5.3

Mitglied/Mitglieder

Gersemann, Christiane

Meinig, Birgit

Obst, Wolfgang

Peters, Kai

ab 17.15 Uhr; während TOP 2

Rheinhardt, Michael

von Oettingen, Gero

stellv. Mitglied/Mitglieder

Dralle, Karl-Heinz

Vertretung für Herrn Sükrü Kizilyel

stellv. Elternvertreter

Gottowik, Beate

Vertretung für Herrn Günter Eggers;
ab 18.11 Uhr; während TOP 5.4

Lehrervertreter

Oerke, Annette

bis 20.07 Uhr; während TOP 10

Beratendes Mitglied für den Bereich Kultur

Berz, Hubert

Beratendes Mitglied für den Bereich Sport

Runge, Alfred

Gast/Gäste

Alker, Rudolf
Loske, Michael

komm. Schulleiter IGS
Schulleiter Gymnasium
Burgdorf

van Waveren-
Matschke, Saskia

komm. Didaktische Leiterin
IGS

Verwaltung

Barm, Henry
Baxmann, Alfred
Heuer, Stefan
Kauter, Theo
Kugel, Michael

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Besichtigung des Hallenfreibades Burgdorf
3. Aussprache über die Besichtigung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 04.05.2015
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 5.1. Realschule Burgdorf - bauliche Maßnahmen 09/2012 - 05/2015
Vorlage: 2015 0898
 - 5.2. Schülerzahlen der 5. Klassen der weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf für das Schuljahr 2015/2016
Vorlage: 2015 0907
 - 5.3. Mitteilung - Energieverbräuche der städtischen Liegenschaften
Vorlage: 2015 0926
 - 5.3.1. Mitteilung - Energieverbräuche der städtischen Liegenschaften
Ergänzungsvorlage: 2015 0926
Vorlage: 2015 0926/1
 - 5.4. Mitteilung - Gebäudekosten 2011 bis 2014
Vorlage: 2015 0927
 - 5.5. Mitteilung; Gefährdungsbeurteilung der Räumlichkeiten der Realschule
Vorlage: 2015 0935

Kultur- und Sportangelegenheiten

6. Straßenbenennung im Gewerbepark Nordwest 2. Bauabschnitt
Bezugsvorlagen: 2010 0736 bis 2010 0736/2
Vorlage: 2015 0883

Schulangelegenheiten

7. Sachstandsbericht zur Errichtung einer Integrierten Gesamtschule

8. Künftige Zügigkeit der Integrierten Gesamtschule Burgdorf
Vorlage: 2015 0924
9. Anfragen lt. Geschäftsordnung
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Braun eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Gäste und die Presse. Er stellte die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde im vertraulichen Teil um den neuen TOP 2 "Anfragen und Anregungen an die Verwaltung" erweitert. Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung **einstimmig** beschlossen.

2. Besichtigung des Hallenfreibades Burgdorf

Herr Kietzmann und **Herr Beer** begrüßten die Anwesenden und führten über das Gelände. Insbesondere gingen sie auf die Sanierung der Außenfassade (neue Fensterfront), die Dachsanierung des Spaßbadbereiches (Abschluss der Arbeiten voraussichtlich bis Ende Oktober) und den vor der diesjährigen Freibadesaison umgestalteten Außenbereich (heizbares kombiniertes Schwimmer- und Nichtschwimmerbecken, neues Babybecken und neues Technikhaus) ein.

3. Aussprache über die Besichtigung

Frau Oerke erkundigte sich nach der Möglichkeit, den Bereich des Babybeckens zu beschatten. **Herr Kietzmann** erklärte, dass dies für 2016 in Form eines Sonnensegels geplant sei.

Frau Gersemann wies darauf hin, dass in den Sommerferien im Freibad Hänigsen ein vom Kultusministerium finanzierter Schwimmkurs für Grundschüler stattgefunden habe. Ziel dieses Förderprogramms sei es, sicherzustellen, dass alle Grundschüler sicher schwimmen können, wenn sie in die weiterführenden Schulen wechseln. Betreut wurde der Schwimmkurs von der DLRG-Ortsgruppe. **Frau Gersemann** regte an, die Förderfähigkeit zu prüfen und einen solchen Kurs in den nächsten Sommerferien auch in Burgdorf stattfinden zu lassen.

Nach der Aussprache unterbrach **Herr Braun** um 17.35 Uhr die Sitzung. Die Sitzung wurde um 17.57 Uhr im Rathaus I fortgesetzt.

4. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 04.05.2015**

Die Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 04.05.2015 wurde bei einer Enthaltung **einstimmig** beschlossen.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- a) **Herr Kugel** bezog sich auf einen am 24.09.2015 im Anzeiger für Burgdorf und Uetze erschienenen Artikel und teilte mit, dass sich die Burgdorfer Schulen in der Sprachförderung für Flüchtlingskinder engagieren wollen. Demnächst würden Anträge auf Einrichtung von Sprachlernklassen (je 2 Sprachlernklassen für den Primar- und den Sekundarbereich) beim Land gestellt, diese würden jedoch frühestens zum 2. Schulhalbjahr des laufenden Schuljahres zur Einrichtung dieser Klassen führen. Um den Flüchtlingskindern zeitnah eine Förderung zukommen lassen zu können, würden für die Übergangszeit 2 Sprachlerngruppen für jeweils 15 Kinder und Jugendliche eingerichtet, in denen Lehrkräfte des Gymnasiums, der Realschule, der Hauptschule sowie der IGS einen entsprechenden Unterricht erteilen würden. Dies sei ein freiwilliges Angebot der beteiligten Schulen und sehr zu begrüßen. Für den Erwerb von Lernmitteln für diese Sprachlerngruppen entstünden Aufwendungen von ca. 1.500 €. Seitens der Schulen sei angefragt worden, ob der Schulträger diese Aufwendungen tragen könne. Die Verwaltung stehe dem positiv gegenüber, die Kosten könnten aus Deckungsmitteln der Abteilung für Schulen, Kultur und Sport zur Verfügung gestellt werden. Der Ausschuss stimmte dieser Vorgehensweise geschlossen zu.

Herr Loske ergänzte, dass vorgesehen sei, eine der beiden Sprachlerngruppen mit Unterstützung des Mehrgenerationenhauses zu betreuen. Die genannten Kosten von ca. 1.500 € entstünden in erster Linie für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte mit entsprechenden Arbeitsheften und Büchern. Er sei zuversichtlich, zum Beginn des 2. Schulhalbjahres Lehrerstunden für die Sprachlernklassen zugewiesen zu bekommen. Ebenso sei vorgesehen, den Flüchtlingskindern Schülerpaten zur Seite zu stellen, die deren Sprache sprechen. Mit den beiden Sprachlerngruppen werde bereits am 05.10.2015 begonnen. Das Konzept und der entsprechende Antrag für die geplanten Sprachlernklassen gehe in den nächsten Tagen an die Landesschulbehörde. **Herr Zschoch** erkundigte sich, ob die Anträge so gestellt würden, dass die Sprachlernklassen frühestmöglich zum 2. Schulhalbjahr starten könnten. **Herr Loske** erklärte dazu, dass dies vielleicht auch schneller möglich sein werde, ein Start der beiden Sprachlernklassen zum 2. Schulhalbjahr sei jedoch realistisch.

Herr Alker wies darauf hin, dass sich die IGS aufgrund momentan nicht vorhandener Lehrerstunden eventuell nicht in dem Maße einbringen könne wie die anderen genannten Schulen.

Herr Zschoch erkundigte sich, von welchen Schülerzahlen man bei den

Anträgen ausgehen werde. **Herr Kugel** erklärte, dass man dabei nur von den aktuellen Schülerzahlen ausgehen könne. Auf später eventuell höhere Schülerzahlen müsse ggfs. kurzfristig reagiert werden.

- b) **Herr Barm** teilte mit, dass **Herr Alker** mit Wirkung vom 01.08.2015 zum Schulleiter der GHS I ernannt worden sei. Mit Wirkung vom gleichen Tage sei **Herr Alker** zum komm. Schulleiter der IGS Burgdorf ernannt worden.
- c) **Herr Barm** teilte mit, dass **Frau van Waveren-Matschke** mit Wirkung vom 31.08.2015 bis zur Neubesetzung mit den Aufgaben der komm. Didaktischen Leitung an der IGS Burgdorf beauftragt worden sei.
- d) Wie **Herr Barm** weiterhin mitteilte, sei die Stelle der Konrektorin bzw. des Konrektors an der Gudrun-Pausewang-Grundschule wiederholt ohne Erfolg ausgeschrieben worden. Weitere Ausschreibungen würden fortlaufend erfolgen, versprechen nach seiner Einschätzung aber wenig Erfolg.
- e) **Herr Barm** teilte mit, dass die temporäre Erweiterung der Raumkapazität an der Astrid-Lindgren-Grundschule bislang nicht umgesetzt werden konnte. Eine durchgeführte Ausschreibung habe aufgrund eines unwirtschaftlichen Angebotes aufgehoben werden müssen. Der Bedarf einer temporären Raumerweiterung bestehe weiterhin. Für den Haushalt 2016 würden entsprechende Mittel (ca. 150.000 €) angemeldet. Eine Realisierung solle somit in 2016 erfolgen. **Frau Gersemann** erkundigte sich, von welchen Kosten man aktuell bei einer Containerlösung ausgehen müsse. **Herr Barm** erklärte, dass die Anmietung eines geeigneten Containers für die Dauer von 3 Jahren ca. 107.000 € kosten würde (inkl. Lieferung, jedoch zzgl. der benötigten Anschlüsse und Folgekosten).

Frau Gersemann betonte, dass man bei der Astrid-Lindgren-Grundschule aufgrund der Flüchtlingssituation sowie neuer Baugebiete auch in den Folgejahren von einer 4-Zügigkeit bei den Einschulungen ausgehen müsse. Sie bat darum, die Alternativen zu einer Container-Anmietung (Kauf eines Containers bzw. Anbau) über das Protokoll finanziell darzustellen. **Herr Baxmann** entgegnete, dass dies aus personellen Gründen nicht zu leisten sei. Zudem würden sich die Preise für Container aufgrund der momentanen Flüchtlingsproblematik nahezu täglich ändern.

Herr Braun erkundigte sich, wie die Astrid-Lindgren-Grundschule momentan mit den eingeschränkten Raumverhältnissen umgehe. **Herr Barm** erklärte, dass die Schule zurzeit Teile des Eingangsbereiches/der Aula zur Unterbringung von Materialien nutze. **Frau Gersemann** ergänzte, dass diese Bereiche provisorisch mit Stellwänden abgetrennt seien, längerfristig könne dies keine Lösung sein.

- f) **Herr Barm** teilte mit, dass sich die Öffnungszeiten des Hallenfreibades zum 01.10.2015 ändern würden (Reduzierung der Öffnungszeiten von 71 Stunden auf 66,5 Stunden wöchentlich); hierfür seien einerseits personalwirtschaftliche Gründe, aber auch Gründe in der Effektivierung der Öffnungszeiten unter Berücksichtigung der verschiedenen Nutzergruppen ausschlaggebend gewesen. So solle das Bad fortan an Montagen ausschließlich für das Schul- und Vereinsschwimmen zur Verfügung stehen. Bestimmte Nutzergruppen hätten sich bereits für eine Rückkehr zu den alten Öffnungszeiten ausgesprochen, eine diesbezügliche Unterschriftenaktion sei in Vorbereitung. Diese werde in Abstimmung mit den Wirt-

schaftsbetrieben zwar negativ beschieden, jedoch sei vorgesehen, im kommenden Jahr eine Evaluierung durchzuführen. Die Sommersaison ende am 30.09.2015, trotz der teilweise durchwachsenen Witterung könne die erste Freibad-Saison nach dem Umbau als Erfolg gewertet werden. Die Besucher seien überwiegend von der Gestaltung der Becken und der Beheizung begeistert, die Zahlen für die Sommersaison lägen merklich höher als im Vorjahr. Gerade bei schlechter Witterung kämen durch die Beheizung deutlich mehr Besucher als in der Vergangenheit.

5.1. Realschule Burgdorf - bauliche Maßnahmen 09/2012 - 05/2015
Vorlage: 2015 0898

Herr Obst bedankte sich für die ausführliche Vorlage; er habe jedoch in erster Linie eine Aussage darüber erwartet, welche Punkte der 2012 für alle Schulen erstellten Mängel-/Prioritätenliste bei der Realschule abgearbeitet worden seien und bat um entsprechende Beantwortung über das Protokoll. *[Anlage 1]*.

5.2. Schülerzahlen der 5. Klassen der weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Burgdorf für das Schuljahr 2015/2016
Vorlage: 2015 0907

Ergänzende Fragen wurden nicht gestellt.

5.3. Mitteilung - Energieverbräuche der städtischen Liegenschaften
Vorlage: 2015 0926

5.3.1. Mitteilung - Energieverbräuche der städtischen Liegenschaften
Ergänzungsvorlage: 2015 0926
Vorlage: 2015 0926/1

Herr Kauter erklärte, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Fortschreibung aus dem Vorjahr handele, ergänzt um die Aussage, in wie weit die Gebäude die Standards der Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) einhalten. Viele städtische Gebäude würden die Werte nicht einhalten, allerdings bezögen sich die Werte auch ausdrücklich auf Neu- und nicht auf Bestandsbauten.

Herr Braun erkundigte sich nach dem stark schwankenden Energieverbrauch (Heizwärmebedarf) beim Gymnasium. **Herr Kauter** teilte mit, dass ein Abgleich der Monatswerte gerade stattfinde und sagte Klärung über das Protokoll zu. *[Es wird nach einer Vor-Ort-Begehung mit dem Hausmeister des Gymnasiums vermutet, dass sowohl die Beheizung der kleinen Sporthalle als auch der Aula infolge des Dämmstandards einen hohen Heizwärmebedarf erfordern. Es wird angenommen, dass für die Beheizung der Aula, insbesondere bei außerschulischen Aktivitäten nach Schulschluss, aufgrund des Verlaufs des Heizstranges einige Räume des Gebäudes (Klassentrakt) mitgeheizt werden müs-*

sen, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt in diesen Räumen niemand aufhält. Diese Vermutung konnte noch nicht abschließend bestätigt oder verworfen werden, sodass eine endgültige Antwort zu dieser Frage nachgereicht wird, sobald die dafür notwendigen Untersuchungen abgeschlossen sind.]

**5.4. Mitteilung - Gebäudekosten 2011 bis 2014
Vorlage: 2015 0927**

Ergänzende Fragen wurden nicht gestellt.

**5.5. Mitteilung; Gefährdungsbeurteilung der Räumlichkeiten der Realschule
Vorlage: 2015 0935**

Herr Obst bekräftigte, dass die Bedürfnisse der Realschule trotz der aktuellen Konzentration auf die Belange der neuen IGS nicht vernachlässigt werden dürften. **Frau Gersemann** stimmte dem zu und erklärte, dass sich Investitionen in Räumlichkeiten ausschließlich am Zustand der Räume, nicht an der Schulform orientieren dürften. **Herr Baxmann** betonte, dass es grundsätzlich keine Ungleichbehandlung der Schulen gebe. Aufgrund der Flüchtlingsproblematik, mehrerer Großprojekte und der begrenzten Personalkapazität im Bereich der Gebäudewirtschaft müssten Renovierungsarbeiten jedoch momentan zurückstehen. Bei einer tatsächlichen Gefährdung reagiere man selbstverständlich sofort. **Herr Obst** entgegnete, dass es sich bei vielen der notwendigen Renovierungen um lange bekannte Sachverhalte handele.

Kultur- und Sportangelegenheiten

**6. Straßenbenennung im Gewerbepark Nordwest 2. Bauabschnitt
Bezugsvorlagen: 2010 0736 bis 2010 0736/2
Vorlage: 2015 0883**

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport fasste **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die weiterführenden Planstraßen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 0-78/1 "Gewerbepark Nordwest 2. Abschnitt" erhalten folgende Namen:

Planstraße A2/3: "Lise-Meitner-Straße"

Planstraße B2/3: "Otto-Hahn-Straße"

Schulangelegenheiten

7. Sachstandsbericht zur Errichtung einer Integrierten Gesamtschule

Herr Alker berichtete, dass die ersten Wochen an der neu eingeführten IGS sehr positiv verlaufen seien. Aktuell würden 135 Schülerinnen und Schüler beschult, davon 8 mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Das Kollegium bestehe zurzeit aus 11 Lehrerinnen und Lehrern (davon 5 Neueinstellungen); teilweise mit der Befähigung für Hauptschule und Realschule, teilweise mit Gymnasialbefähigung. Zudem seien 4 Lehrkräfte von Förderschulen für die Arbeit mit Inklusionskindern abgeordnet worden.

Herr Alker teilte mit, dass man sich bzgl. der wechselseitigen Nutzung des Musikraums mit der Realschule arrangiert habe. Für die Einnahme des Mittagessens nutze man das StadtHaus, zudem bahne sich eine engere Zusammenarbeit mit dem JohnnyB. an. Schon jetzt würden einige AGs gemeinsam mit der Realschule und dem JohnnyB. angeboten. Überhaupt seien die jeweils montags und mittwochs angebotenen AGs sehr gut angenommen worden; beinahe alle IGS-Schülerinnen und -Schüler des 5. Jahrgangs hätten sich für die freiwillige Teilnahme an einem AG-Angebot angemeldet. An jedem Montag finde ein Treffen der Lehrkräfte statt, um die Schulwoche vor- bzw. nachzubereiten. An jedem Freitag finde in der Turnhalle eine Jahrgangsversammlung statt, um die Woche zu rekapitulieren und sich auszutauschen.

Erfreut zeigte sich **Herr Alker** darüber, dass sich ein sehr aktiver Schulverein gegründet habe – das erste Projekt (mehrtägiger Besuch der Zooschule in Hannover) sei bereits in Vorbereitung.

Frau van Waveren-Matschke ergänzte, dass die Arbeit mit Flüchtlings- und Inklusionskindern momentan die wichtigsten Aufgaben im didaktischen Bereich seien.

Herr Braun erkundigte sich über die Rolle der Schulmediatorin. **Frau van Waveren-Matschke** erklärte, dass die Aufgaben vielseitig seien (gewaltfreies Miteinander, Sozialtraining, Begleitung der Jahrgangsfahrt, Streit-schlichter-Ausbildung, Mediationen für Lehrer, Schüler und Eltern).

Frau Gersemann erkundigte sich, ob zwischen der IGS und dem Kinderschutzbund eine Zusammenarbeit stattfinde. **Herr Alker** antwortete, dass es momentan lediglich eine Kooperation zwischen GHS I und Kinderschutzbund gebe.

Herr Braun bedankte sich im Namen aller Ausschussmitglieder bei **Herrn Alker** und **Frau van Waveren-Matschke** für den Sachstandsbericht.

Frau Gottowik bemängelte, dass die Burgdorfer Schulen stets einzeln betrachtet würden, sie vermisse eine langfristige Schulentwicklungsplanung. Daraus resultiere Unzufriedenheit und Unklarheit bei der Elternschaft. **Herr Baxmann** erklärte, dass eine langfristige Schulentwicklungsplanung selbstverständlich wünschenswert sei. Um diese seriös erstellen zu können, bedürfe es jedoch zuvor der Arbeit am Flächennutzungsplan. Zudem habe die Ar-

beit an der Sportentwicklungsplanung ebenfalls Priorität. Beides sei jedoch aufgrund der aktuellen Problematiken personell nicht zu leisten.

Frau Gottowik zeigte sich verwundert, dass die Verwaltung von der hohen Schülerzahl an der IGS überrascht worden sei. **Herr Baxmann** erklärte, dass man zwar von einem guten Zuspruch ausgegangen sei; der Erfolg der IGS und die damit verbundene Zahl der Anmeldungen sei jedoch nicht vorhersehbar gewesen. Es sei gelungen, nahezu alle Schülerinnen und Schüler in Burgdorf zu halten. Dies liege sowohl an der IGS, als auch am enormen Attraktivitätszuwachs des Burgdorfer Gymnasiums.

Herr Zschoch bezeichnete die Entwicklung an Gymnasium und IGS als sehr erfreulich. Er betonte, dass die CDU-Fraktion nicht gegen die Einführung einer IGS gewesen sei, bemängelte jedoch, dass noch immer keine konkrete Übersicht über die finanziellen Belastungen (Investitionskosten und Betriebskosten) und auch kein Raumkonzept vorgelegt worden seien. Zudem habe er den Eindruck, dass die Planungszeit nur unzureichend genutzt worden sei. Der große Zuspruch an der IGS sei aufgrund der Tatsache, dass man Gastschulgelder habe sparen wollen, kalkulierbar und auch kalkuliert gewesen. **Herr Rheinhardt** erinnerte daran, dass im Vorfeld eine Abfrage stattgefunden habe, welche weitaus geringere Schülerzahlen ergeben habe. **Herr Barm** erklärte, dass das Jahr zwischen Beschluss und Schulstart durchaus intensiv genutzt worden sei. So hätten die Vorbereitungsgruppe und später die Planungsgruppe zusammen mit einem Architekturbüro ein eigenes Raumkonzept sowie ein pädagogisches Profil entwickelt. Er betonte nochmals, dass man von der jetzigen 5-Zügigkeit an der IGS überrascht worden sei.

8. **Künftige Zügigkeit der Integrierten Gesamtschule Burgdorf** **Vorlage: 2015 0924**

Herr Kugel stellte die Vorlage kurz vor und erklärte, dass sie zunächst nur für den Fachausschuss sowie den Verwaltungsausschuss ausgezeichnet worden sei. Sollte der Rat einbezogen werden, so könne dieser in öffentlicher Sitzung am 08.10.2015 beschließen.

Herr Baxmann plädierte dafür, die festzulegenden Parameter (Anwahlverhalten und Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf) lieber höher als zu niedrig anzusetzen, um in der Planung mehr Spiel zu haben. Zudem müsse eine gewisse Rücklaufquote vom Gymnasium zur IGS einkalkuliert werden. **Herr Loske** bestätigte dies.

Frau van Waveren-Matschke erklärte, dass im jetzigen 5. Jahrgang an der IGS 8 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult würden; seitens der Grundschulen sei jedoch signalisiert worden, dass für die kommenden IGS-Jahrgänge mit deutlich höheren Zahlen gerechnet werden müsse. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Rückläufer vom Gymnasium sowie der Flüchtlingsproblematik sei eine künftige 6-Zügigkeit mehr als wahrscheinlich. **Herr Alker** bekräftigte dies.

Herr Peters erklärte, dass bei einer dauerhaft zu erwartenden 6-Zügigkeit aller weiteren IGS-Jahrgänge ein Neubau die einzig logische Konsequenz sei. **Herr Kugel** entgegnete, dass man versuchen müsse, den Standort zu halten; ergänzt um die Möglichkeit, Räumlichkeiten in der GHS I und/oder in der Prinzhornschule zu nutzen. Erst wenn sich dies als nicht umzusetzen

herausstelle, müsse über einen Neubau nachgedacht werden. **Herr Peters** erkundigte sich, ob es nach den gesetzlichen Vorgaben zulässig sei, die IGS an mehreren Standorten zu betreiben. **Herr Barm** erklärte, dass die Landesschulbehörde in Aussicht gestellt habe, einer Beschulung an mehreren Standorten zuzustimmen. **Herr Kugel** erklärte, dass die Verwaltung den Beschluss des Verwaltungsausschusses bzw. des Rates abwarten und anschließend die Planungen aufnehmen werde. Sollte sich abzeichnen, dass die vorhandenen Räumlichkeiten zukünftig nicht ausreichen werden, werde man mit den Planungen für einen Erweiterungsbau oder Neubau beginnen.

Herr Peters regte an, aufgrund der eingeschränkten Personalsituation verstärkt auf externe Unterstützung zuzugreifen. **Herr Baxmann** erklärte, dass man dies beim Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule bereits getan habe, dennoch bleibe das städtische Personal bei Großprojekten extrem eingebunden.

Frau Oerke erkundigte sich, wie viele Räume an der GHS I für die IGS zur Verfügung stünden. **Herr Kugel** erklärte, dass sich dazu kurzfristig keine Aussage treffen lasse. Zudem sei für weitere Planungen nicht nur die Anzahl vorhandener Räume, sondern auch deren Größe von Bedeutung.

Herr Obst verwies darauf, dass eine teilweise Nutzung der GHS I für die IGS bereits in früheren Planungsgesprächen diskutiert worden sei. Eine Verteilung der IGS auf drei Standorte halte er jedoch für nicht praktikabel. Ein Standort müsse zukunftsweisend sein. Stück für Stück erfolgende Anbauten an der Realschule halte er für keine gute Lösung. **Herr Baxmann** wies darauf hin, dass bei jedem Anbau an der Realschule auch die Vorgaben des Denkmalschutzes berücksichtigt werden müssten (Einfluss auf das Ensemble).

Frau van Waveren-Matschke erinnerte daran, dass die Situation der zukünftigen Sprachlernklassen ebenfalls noch unklar sei; auch hierfür würden Räume benötigt. Weiterhin verwies sie auf die ab 2024 verbindlich vorgeschriebene Barrierefreiheit.

Herr Kugel wies darauf hin, dass die Zügigkeit an der IGS nicht vorgegeben bzw. von vornherein eingeschränkt werden dürfe/könne, da alle Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden müssten und nicht wegen fehlender Räumlichkeiten abgewiesen werden dürften.

Herr Zschoch erklärte, dass sich die CDU-Fraktion zu dieser Vorlage noch nicht abschließend beraten habe. Er sprach sich dafür aus, die Vorlage durch den Rat beschließen zu lassen. Vieles spreche jedoch dafür, zukünftig mit einer 6-Zügigkeit an der IGS zu planen. Auch **Frau Gersemann** sprach sich im Namen der SPD-Fraktion dafür aus, die Vorlage im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport als behandelt zu erklären und im Rat beschließen zu lassen. Dieses Vorgehen fand die Zustimmung aller Ausschussmitglieder.

9. **Anfragen lt. Geschäftsordnung**

K E I N E

10. **Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Herr von Oettingen schlug vor, die Sportlerehrung zukünftig im StadtHaus stattfinden zu lassen, da ihm bei der letzten Sportlerehrung der würdige Rahmen gefehlt habe. **Herr Baxmann** sagte zu, dies zu überdenken und sich beim StadtHaus nach den Konditionen (evtl. Raummiete) zu erkundigen.

Herr Obst erkundigte sich, in welcher Höhe die Stadt Burgdorf vom Land Zuschüsse für inklusionsbedingte bauliche Maßnahmen erhalten würde. **Herr Kugel** sagte zu, diese Frage über das Protokoll zu beantworten. *[Für konnexitätsbedingte Kosten für bauliche Maßnahmen will das Land für das Jahr 2015 einen Betrag in Höhe von 11,7 Millionen € an die Schulträger zahlen. Ab dem Jahr 2016 soll dieser Betrag auf 20 Millionen € jährlich erhöht werden. Diese pauschalierten Zahlungen sollen unbefristet erfolgen und auf Basis der Schülerzahlen der allgemeinen Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in Trägerschaft der einzelnen Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise verteilt werden. Das Niedersächsische Kultusministerium hat den Entwurf eines Gesetzes über die finanziellen Leistungen vorgelegt. Im Oktober 2015 soll das Gesetz in den Landtag eingebracht werden. Ziel soll es sein, dass die Mittel für das Jahr 2015 noch in 2015 ausgezahlt werden. Die Stadt Burgdorf erhalte nach der pauschalierten Zahlung für das Haushaltsjahr 2015 ca. 40.000 € und ab 2016 jährlich ca. 70.000 €.]*

Einwohnerfragestunde

- a) **Herr Loske** nutzte die Einwohnerfragestunde, um nochmals darauf hinzuweisen, dass auch das Gymnasium Burgdorf bei zukünftiger 6-Zügigkeit der neuen Jahrgänge räumlich an seine Grenzen stoßen werde.
- b) Des Weiteren informierte **Herr Loske** über die am 08.10.2015 im Gymnasium stattfindende Berufsinformationsbörse. Zudem lud er die Ausschussmitglieder dazu ein, der Zertifikats-Übergabe ("Sportliche Schule") am 11.11.2015 in der Aula des Gymnasiums (12.20 Uhr) beizuwohnen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer